

Meinungen

Replik Die Macht verschiebt sich noch lange nicht von der Politik zur Verwaltung, wenn die Generalsekretärenkonferenz gestärkt wird. *Fritz Sager*

Technokratisches Joch? Ach was!

Die vom «Bund» am 5. April als Premier präsentierte Nachricht, dass der Bundesrat die Generalsekretärenkonferenz (GSK) stärken will, um sich von inneradministrativen Geschäften zu entlasten, lenkt die Aufmerksamkeit auf einen demokratietheoretischen Evergreen: das Verhältnis von Politik und Verwaltung. Wie der deutsche Soziologe Max Weber vor hundert Jahren festgehalten hat, ist das Wesensmerkmal moderner Staaten die Bürokratie als Ausdruck vernünftiger Herrschaft. Die moderne Welt ist «entzaubert». Moderne Gesellschaften sind komplex. Es braucht konkrete Fähigkeiten, um sie zu führen. Eine jahrhundertalte Blutlinie wie in der Monarchie reicht ebenso wenig wie besonderes Charisma, wenn damit nicht auch ein entsprechender Leistungsausweis verbunden ist.

Moderne Herrschaft, so Weber, muss sich gegenüber den Regierten durch Leistung rechtfertigen. Hierzu braucht es Fachwissen, das über die Person des Herrschers oder der Herrscherin hinausgeht. Dieses Fachwissen wird durch die öffentliche Verwaltung bereitgestellt. Da die Fachverwaltung spezialisiert ist, hat sie einen Wissensvorsprung gegenüber der demokratischen Regierung, was die auch jetzt wieder geäußerte Befürchtung vor der Technokratie als Gefahr für die Demokratie nährt.

«Der arbeitende Staat»

Der Fall der GSK ist nun aber denkbar ungeeignet, um eine Machtverschiebung von der Politik hin zur Verwaltung festzumachen. Die Stärkung des Gremiums ist verfahrenstechnischer Natur

und betrifft inneradministrative Belange. Das Ziel ist eine departementsübergreifend konsolidierte Haltung zu Querschnittsfragen der Infrastruktur, der IT und des Personalwesens. Damit nimmt die Konferenz letztlich nur ihre Aufgabe als oberstes Koordinationsorgan der Bundesverwaltung wahr, die sie gemäss Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz hat.

Die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Verwaltung jedoch ist durchaus relevant, wenn es um sachpolitische Entscheide geht. Gesetze brauchen die demokratische Legitimation. Eine schnell vorgebrachte Lösung für das Dilemma ist die strikte Trennung der Sphären von Politik und Verwaltung, wie sie auch im «Bund» in der Kommentarspalte skizziert wurde: Die Politik ist der Kopf und die Verwaltung «der arbeitende Staat», wie es der Klassiker Lorenz von Stein vor hundertdreissig Jahren sagte.

Moderieren, nicht manipulieren

Die Lösung von Max Weber bestand in der Reduktion der Verwaltung auf ein rein ausführendes politisches Neutrum. Dieser Idee entspricht letztlich die erfolgte Stärkung der GSK für Fragen der Binnenadministration. Damit ist aber nichts über den sachpolitischen Einfluss gesagt. Ganz so einfach, wie Weber es sich dachte, ist es nämlich nicht, das hat schon Jürgen Habermas in den 1960er-Jahren festgestellt: Wenn die Politik alles alleine und ohne Sachverstand entscheidet, so werden dabei uninformierte und somit schlechte Entscheide herauskommen. Das Gegenmodell zu Weber ist jenes des späteren US-Präsidenten und

Friedensnobelpreisträgers Woodrow Wilson, der 1887 ebenfalls eine Trennung von Politik und Verwaltung verlangte, allerdings mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit eines schwachen Staates in den Händen von inkompetenten und korrupten Politikern wieder herzustellen.

Wenn die Verwaltung nun aber die Politik informiert, dann agiert sie automatisch politisch, und die Trennung der beiden Sphären bleibt Theorie.

Was tun? Wenn wir die beiden gegensätzlichen Sichtweisen am Schweizer Fall spiegeln, dann stellen wir fest, dass das politische System der Schweiz weniger auf die unbedingte Leistungsfähigkeit eines starken Staates als vielmehr auf die möglichst breite Partizipation von allen referendumsfähigen politischen Akteuren im Vorfeld politischer Entscheide ausgerichtet ist. Die Verwaltung nimmt tatsächlich eine politische Funktion wahr, aber nicht indem sie durch Manipulation ihre Interessen durchsetzt, sondern indem sie Ausnahmeprozesse moderiert und Kompromisse zwischen den politischen Akteuren und Anspruchsgruppen fördert.

Die Gefahr, dass eine übermächtige Verwaltung die Schweizer Demokratie unterwandert, besteht nicht. Vor allem aber wird uns eine Stärkung der GSK bei binnenadministrativen Geschäften nicht unter das technokratische Joch treiben.

Fritz Sager ist Professor für Politikwissenschaft am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern.

Iljas Nikitin Der gläubige Muslim mit langem Bart wurde als Terrorist verdächtigt. Zu Unrecht.

Julian Hans

Er will sein Leben zurück

Der Mann, der als Bombenleger von Sankt Petersburg bekannt wurde, ist voll des Lobes für die russischen Sicherheitsbehörden. Geheimdienst und Polizei hätten effektiv und gut koordiniert gearbeitet, sagte Iljas Nikitin dem Portal Islamnews.ru. «Ich habe ihnen alle Fragen ausführlich beantwortet. Sie haben mir zugehört und mich verstanden. Ich bin rundum zufrieden.»

Schön. Aber was hilft es, wenn Muslime und Behörden das Richtige tun, wenn die Öffentlichkeit von ihrem einmal gefassten Urteil nicht lassen will?

Als am Montagnachmittag ein Sprengsatz in der St. Petersburger U-Bahn explodiert und 14 Menschen tötet, dauert es nicht lange, bis russische Medien das Bild eines Verdächtigen verbreiten, aufgenommen von einer Überwachungskamera. Er sieht aus wie das Klischee eines islamistischen Terroristen: langer Bart, schwarzes Gewand, runde Mütze. Iljas Nikitin erkennt sich wieder und geht sofort zur Polizei.

Nikitin wurde in der Republik Baschkirien im Süden Russlands geboren. Seine Eltern gaben ihm den Namen Andrei. Er besuchte die Militärhochschule der Luftlandtruppen in Rjasan bei Moskau und diente anschliessend in Tschetschenien. Nach seiner Rückkehr quitierte er den Dienst, nahm den Islam an und nannte sich fortan Iljas. In Nischnewartowsk in Sibirien fand er eine Arbeit als Lastwagenfahrer.

Er habe sich auch deshalb so beeilt, zur Polizei zu gehen, weil er sich nicht nur für sich selbst verantwortlich fühle, sondern für die ganze Umma, die Glaubensgemeinschaft der Mus-



Iljas Nikitin.

lime, erklärt der frühere Verdächtigte. Ein Fernsehsender hatte Aufnahmen gezeigt. Darauf sieht man Nikitin vor einer Petersburger Moschee, bevor er sich auf den Weg zur U-Bahn macht.

Bald haben die Ermittler den wahren Täter ausgemacht, einen 22-Jährigen aus Kirgisien, der einen kurzen Kinnbart trug und eine Winterjacke mit Kapuze. Doch der Albtraum für Nikitin will nicht aufhören. Reporter lauern ihm auf, das Boulevard-Portal Life.ru nennt ihn weiter den «mutmasslichen Selbstmordattentäter». Als er am Dienstag nach einem Zwischenstopp in Moskau zu seiner Familie in Baschkirien weiterfliegen will, bestehen ängstliche Passagiere darauf, dass der Mann im langen Gewand nicht an Bord gehen darf. Selbst das Sicherheitspersonal kann sie nicht beruhigen. «Lasst mich doch einfach mein Leben leben», fleht Nikitin.

In Moskau erreicht ihn auch die Nachricht, sein Arbeitgeber habe ihn entlassen, angeblich auf dringendes Anraten des örtlichen Ermittlungskomitees. Die gleiche Behörde ist in Petersburg an den Untersuchungen des Anschlags beteiligt und hat Nikitin gehen lassen. Die Beamten in Nischnewartowsk dementieren, Druck ausgeübt zu haben. Am Donnerstag korrigiert Nikitin via Islamnews.ru: «Ich werde in Kürze an meinen Arbeitsplatz zurückkehren». Sein Arbeitgeber halte nun doch zu ihm.

Einwegkaffeebecher Wir halten an ihnen fest, Gebühr hin oder her. *Denise Jeitziner*

Schlürfen wie Promis

Mit ihnen in der Hand wachen wir auf dem Weg ins Büro erst so richtig auf, sie holen uns aus Energietiefs, und ist statt Kaffee einer dieser grünen oder durchsichtigen Supersäfte im Take-away-Becher, fühlen wir uns allein durchs Herumtragen gleich ein wenig gesünder.

Dummerweise verschenden die 58 Milliarden Pappbecher jährlich 32 Millionen Bäume und 100 Milliarden Liter Wasser und sind zudem nur schwer abbaubar. Mit einer Gebühr will man den Verschleiss nun eindämmen; hat bei den Raschelsäcken schliesslich auch geklappt.

Nur: Bei den Wegwerfbehältern wird das nicht funktionieren. Weder mit Gebühren - in einer Studie waren trotz 30 Rappen nicht einmal vier von 100 Leuten bereit, auf den Becher zu verzichten - noch mit Anreizen. Bei diversen Kaffee Ketten gäbe es kostenlose Upgrades, bei Starbucks 80 Rappen Rabatt, wenn man sich den Kaffee in einen Mehrwegbehälter füllen liesse. Nützt alles nichts. Wir halten an

unseren Take-away-Bechern fest. Natürlich auch, weil Mehrwegbehälter oft sperrig oder undicht sind, früher oder später zu muffeln beginnen und/oder daheim vergessen werden. Vor allem aber, weil die Becher für einen entspannten, unabhängigen Lifestyles stehen.

Daran sind auch all die amerikanischen Filme und Serien schuld, in denen sie Nebenrollen spielen. Typen bringen sie am Morgen danach ihren Dates vorbei - die Zigarette danach darf man ja nicht mehr rauchen. Frauen stöckeln mit ihnen durch die Strassen Manhattans.

Ärzte halten sich zwischen Leben und Tod daran fest. Und solange all die Promis auf Instagram oder in Magazinen sie wie Accessoires mit sich herumtragen, werden wir sie erst recht nicht aufgeben.

Der Take-away-Becher ist so was wie der kleinste gemeinsame Nenner mit den Berühmten. Und darauf wollen wir nur ungern verzichten. Nicht einmal für 80 Rappen.

Der Bund

Verleger: Pietro Supino
Gesamtauflage BZ/«Bund»: 137 256 Ex. WEMF/SW-begleibt
Redaktion: Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12
Verlag: Der Bund, c/o Espace Media AG,
Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 385 11 11, Fax 031 330 36 86
Chefredaktion:
Patrick Feuz (pat), Chefredaktor
Jürg Sohm (soh), Produktionschef
Beat Stähli (sbb), Chef vom Dienst
Website: www.derbund.ch
E-Mail: redaktion@derbund.ch
Leitung Verlag: Robin Tanner
Leitung Weremarkt: Rudolf Lehmann
Leitung Marketing: Bettina Staub
Abonnementspreise: 12 Monate Fr. 535.–, 6 Monate Fr. 294.–.

30% Studenten- und Ausbildungsrabatt. Bitte Ausweis mitschicken. Die Preise verstehen sich inkl. 2.5% MwSt. Einzelnummer Fr. 4.– (Mo-Fr) / Fr. 4.70 (Sa).
Abonnemente: Tel. 0844 385 144 (Lokaltarif Festnetz), Fax 0844 031 031 (Lokaltarif Festnetz), E-Mail: abo@derbund.ch
Umleitungen und Unterbrüche: Fr. 7.– (Bearbeitungsgebühr), kostenlos auf www.derbund.ch/abo.
Inserate/Todesanzeigen: Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Telefonische Anzeigenannahme: Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71
E-Mail: inserate@derbund.ch, www.adbox.ch
Todesanzeigen für die Montagsausgabe: So 14.00–16.00
Tel. 044 248 40 83, Fax 031 330 35 71
Copyright-Regelung: Vergleiche grosses Impressum in der Montagausgabe.
Der «Bund» arbeitet redaktionell eng mit dem «Tages-Anzeiger» zusammen. Die erwähnten Personen dürfen nicht in einer Kartei gespeichert werden und ihre Namen und Adressen nicht ohne Einverständnis der genannten Personen genutzt werden.

Anzeige

MOM

moments of music

DONNERSTAG

CHRISTOPHE MAÉ

LISA STANSFIELD

FREITAG

STEFANIE HEINZMANN

ANASTACIA

SAMSTAG

JAMIE CULLUM

FEAT. SWISS JAZZ ORCHESTRA

TOM ODELL

4.-6. MAI 2017

KURSAAL BERN

TICKETS: MOMENTSOFMUSIC.CH ODER TICKETCORNER.CH

Hauptpartner

Medienpartner

Der Bund